

## Ein Intellektueller für die Vitrine? – Theodor Heuss und die Neubegründung des Liberalismus in Deutschland 1945–1949

### 1. *Mißglückter Aufbruch. Die Gründung der FDP in Heppenheim*



Gründungsparteitag der FDP in Heppenheim, Pressekonferenz nach der Wahl von Theodor Heuss zum Vorsitzenden, 12.12.1949, v.l.n.r.: Carl-Hubert Schwennicke, Theodor Heuss, Franz Blücher, Hermann Höpker Aschoff; Foto: DENA, SV-Bilderdienst.

Am 11. und 12. Dezember 1948 hatten sich in Heppenheim an der Bergstraße die Landesverbände der liberalen Parteien aus den drei westlichen Besatzungszonen zur FDP zusammengeschlossen. Ein Photo steht quasi als Gründungsdokument am Beginn der Geschichte dieser Partei. Es zeigt Mitglieder des Vorstands, von links nach rechts den Vorsitzenden der Berliner LDP,

Carl-Hubert Schwennicke, den frisch gekürten Parteivorsitzenden Theodor Heuss, seinen Stellvertreter Franz Blücher sowie den Finanzexperten Hermann Höpker Aschoff.

Vielsagend sind ihre Mimik und Haltung, denn darin ist die innere Befindlichkeit der liberalen Protagonisten regelrecht eingemeißelt: Anspannung, Erschöpfung, Enttäuschung. Nichts kündigt von der zu erwartenden Aufbruchsstimmung einer Partei, die nach fast 80 Jahren die verschiedenen liberalen Strömungen vereinigt hatte. Das Photo, das freilich nur einen zufälligen Augenblickseindruck ablichtet, spiegelt somit treffend den Verlauf des Gründungsparteitages wider und wird darüber hinaus zum Menetekel für den Zustand und die kommende Entwicklung der FDP.

Was war passiert? Als sich die 89 Delegierten der westdeutschen Landesverbände und West-Berlins in Heppenheim trafen, konnten die Bruchlinien innerhalb der neu zu gründenden Bundespartei nicht mehr überbrückt werden. Schon die Namensfrage geriet zur Kraftprobe zwischen den einzelnen Parteiflügeln. Als die Benennung »Liberale Partei Deutschlands« mehrheitsfähig zu werden schien, mußte Theodor Heuss den Rücktritt von seiner Kandidatur für den Parteivorsitz androhen, um schließlich den unverfänglichen Namen »Freie Demokratische Partei« durchsetzen zu können. »In der Namensfrage«, so zehn Tage später in einem Brief an Hans-Heinrich Welchert, »hatte ich die Bedingung gestellt, auf den Begriff liberal zu verzichten – nicht als ob ich antiliberal wäre, aber m[eine] geistige Herkunft ist anderer Art, und ich will nicht eine Traditionskompagnie führen.«<sup>1</sup>

Konnte Theodor Heuss sich in dieser Frage noch durchsetzen, so gerieten die Vorstandswahlen zu einem Desaster für ihn und seinen württemberg-badischen Landesverband. Stimmten schon für Heuss nur 72 der Delegierten bei 15 Enthaltungen, so fiel sein engster Parteimitarbeiter und Geschäftsführer der südwestdeutschen DVP, Ernst Mayer, mit 31 Stimmen glatt durch, obwohl er einer der treibenden organisatorischen Kräfte für den Zusammenschluß der Partei gewesen war. Ihn hatte Heuss als seine rechte Hand für die Parteiorganisation vorgesehen. Mit dieser Niederlage bekam Mayer die Quittung für seinen scharfen, wenig diplomatischen Politikstil. In seiner Auseinandersetzung mit dem nationalen Sammlungskurs seiner innerparteilichen Gegner vor allem aus Hessen und Nordrhein-Westfalen hatte er sich im Vorfeld des Parteitages einer Rhetorik bedient, die auch nach Ansicht von Heuss in der »Pointierung zu geschliffen, in der Aggression zu heftig« war.<sup>2</sup> Zum anderen sollte mit dieser Abstrafung auch generell der Führungsanspruch der

1 Theodor Heuss an Hans-Heinrich Welchert, 22.10.1948. In: Theodor Heuss: Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945-1949. Hrsg. und bearb. von Ernst Wolfgang Becker. München 2007, S. 450f. Bei Zitaten von Theodor Heuss aus diesem Band werden auch im folgenden spezifische Schreibweisen von Heuss beibehalten.

2 Theodor Heuss an Karl Theodor Bleek, 14.12.1948. In: Heuss (wie Anm. 1), S. 441.

südwestdeutschen DVP mit ihrer Galionsfigur Heuss demontiert werden, die sich in der linksliberalen Tradition der Weimarer DDP bzw. der württembergischen Demokraten und der früheren Volkspartei verstand. Sichtlich enttäuscht, ja ratlos bemerkte der Düpierte zwei Tage später in einem Schreiben an den hessischen Delegierten Karl Theodor Bleek:

»Hätte ich nicht aus Pflichtgefühl vermeiden müssen, von Anbeginn den Start der Partei zu verderben, so legte es sich für mich sehr nahe, den Vorsitz sofort wieder abzugeben. Ich muß annehmen, daß ich damit denen, die sich beim Wahlakt zum ersten Vorsitzenden der Stimme enthalten haben, eine nachträgliche Freude bereitet hätte, aber im Interesse der Sache konnte ich mir diese Rolle als Freudebringer nicht gestatten. Ich für meine Person bin im Augenblick ziemlich ratlos, wie rein technisch der Weitergang der Dinge sein wird.«<sup>3</sup>

Heuss selbst hätte diese Entwicklung vielleicht verhindern können, wenn er sich nicht im Laufe der Vorstandswahlen zurückgezogen hätte, um noch – bezeichnend für ihn – an seiner großen Programmrede zu feilen.<sup>4</sup>

Und schließlich führte der Parteitag auch sachlich zu keinem tragfähigen Ergebnis. So verabschiedeten die Delegierten weder ein Parteiprogramm noch eine Parteisatzung, sondern nur eine »Heppenheimer Proklamation« zu tagesaktuellen Fragen.<sup>5</sup> Strittige Punkte zu den Grundgesetzberatungen im Parlamentarischen Rat blieben in der Schwebe. Die Vormachtstellung der Landesverbände wurde auch in der Bundespartei nicht angetastet. Die Abschlußrede von Heuss am 12. Dezember 1948 über »Unsere Deutsche Mission. Geschichte und Aufgaben« war in ihrem weitausgreifenden, historisch grundierten Duktus und ihren allgemeinen, liberal getönten Aussagen auch nicht dazu angetan, deutliche Positionen im innerparteilichen Machtkampf zu umreißen und einen programmatischen Kurs vorzugeben; vielmehr beschränkte sich Heuss auf den kleinsten gemeinsamen Nenner und klammerte alle Divergenzen aus, verhinderte damit freilich auch, die junge Partei schon in ihrer Geburtsstunde auseinanderbrechen zu lassen.<sup>6</sup>

Seinen innerparteilichen Gegnern galt Heuss seit Heppenheim als Verlegenheits- bzw. Übergangskandidat<sup>7</sup>, und selbst der ihm damals noch nahestehende Thomas Dehler bemerkte einige Wochen später, daß man Heuss »als den guten great old man [bewertet], den man in die Vitrine stellt.«<sup>8</sup> Zum »libe-

3 Ebd., S. 440.

4 Vgl. ebd.

5 Abgedruckt in: Peter Juling: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente. Meisenheim am Glan 1977, S. 86f.

6 Redenotizen in: Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Nachlaß Theodor Heuss, N 1221, 27 (= Bundesarchiv).

7 So Dieter Hein: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949. Düsseldorf 1985, S. 337, Anm. 78.

8 Zitiert nach ebd., S. 338.

ralen Opa für die Vitrine« ist es dann nicht mehr weit, wie ihn jüngst der Politikwissenschaftler Franz Walter titulierte.<sup>9</sup> Kurzum: Der Start von Theodor Heuss als erstem Bundesvorsitzenden der FDP war alles andere als geglückt. Und auch der Blick zurück offenbart keine Erfolgsgeschichte.

## 2. *Phasen des Mißerfolgs. Theodor Heuss als Parteipolitiker in der Nachkriegszeit*

### *Erste Phase: Bemühungen um eine überkonfessionelle bürgerliche Sammlungspartei*

Zunächst ist daran zu erinnern, daß, wäre es nach Theodor Heuss gegangen, sich im deutschen Südwesten erst einmal keine eigenständige liberale Partei gebildet hätte. In Heidelberg, wo Heuss mit seiner Frau seit 1943 lebte, gehörte er zu einem lockeren Kommunikationsnetz von Intellektuellen unterschiedlicher parteipolitischer und ideologischer Provenienz. Hier wie auch in anderen Städten hatten die Erfahrungen mit dem Scheitern der Weimarer Republik und mit der nationalsozialistischen Herrschaft dazu geführt, die Idee einer demokratischen Einheitspartei zu ventilieren.<sup>10</sup> Heuss selbst hielt die aus dem 19. Jahrhundert stammende Parteienstruktur für überholt, ja verhängnisvoll, da sie verantwortlich für die Zersplitterung der demokratischen Kräfte in Weimar und damit für das Scheitern der Republik gewesen sei. Um eine Wiederbelebung konfessionell geprägter Parteien – hier dachte er vor allem an das Zentrum – zu verhindern, sprach er sich für eine überkonfessionelle bürgerliche Sammlungspartei aus, die sich auch wirkungsvoll gegenüber den Arbeiterparteien positionieren könne: »Ich persönlich bin nicht für die Wiederbelebung der alten Partei u. Parteiungen, sondern für einen neuen vorsichtigen überkonfessionellen Versuch.«<sup>11</sup> Er hatte bereits mit ehemaligen Angehörigen des Zentrums an seinem Wohnsitz Heidelberg darüber verhandelt, doch ließ sein Umzug nach Stuttgart im September 1945 das Projekt dort versanden.<sup>12</sup>

In Stuttgart waren die Würfel bereits zugunsten einer eigenständigen liberalen Partei, der Demokratischen Volkspartei (DVP), gefallen. Seine Enttäuschung

9 So in Spiegel Online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,490361.00.html> (abgerufen am 29. 1. 2008).

10 Vgl. Sean A. Forner: Für eine demokratische Erneuerung Deutschlands: Kommunikationsprozesse und Deutungsmuster engagierter Demokraten nach 1945. In: Geschichte und Gesellschaft 33 (2007), S. 228-257.

11 Theodor Heuss an Karl Barber, Anfang September 1945. In: Heuss (wie Anm. 1), S. 130. Vgl. auch Theodor Heuss: Betrachtungen zur innerpolitischen Lage (30. Mai 1945); Theodor Heuss: Lebenslauf (August 1945), beide in: Theodor Heuss: Aufzeichnungen 1945-1947. Aus dem Nachlaß hrsg. u. mit einer Einleitung versehen von Eberhard Pikart. Tübingen 1966, S. 80 u. 105f.

darüber vermochte Heuss gegenüber einem ehemaligen Parteifreund kaum verhehlen: »Ich würde in Berlin an der Christlich-Demokratischen Union teilgenommen haben und bin etwas unglücklich darüber, wie nun im ganzen Reich die Chance, eine konfessionell umgrenzte Partei aus der deutschen Zukunft ausgeschaltet zu haben, verdorben ist.«<sup>13</sup> Abfinden wollte sich Heuss freilich bis in das Frühjahr 1946 damit nicht, unterstützte er doch die zunächst erfolgreichen Bemühungen in Heilbronn um eine überkonfessionelle Volkspartei und ließ auch in Stuttgart nichts unversucht, doch noch seine Idee einer Sammlungspartei durchzusetzen. Jedoch der Gründungsparteitag der württemberg-badischen DVP am 6. Januar 1946 erteilte diesem Anliegen eine Absage, und die weitere Verfestigung der Parteienlandschaft ließ Heuss' Bemühungen ohnehin illusionär erscheinen. Als Vorstandsmitglied der DVP, als Kultusminister und Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung von Württemberg-Baden zog er dann gegen die kulturpolitischen Vorstellungen der CDU zu Felde – die Idee einer bürgerlichen Sammlung war nun auch für Heuss ein Anachronismus.

### *Zweite Phase: Der überzonale Parteivorsitzende*

Gegenüber einer überregionalen, gar gesamtdeutschen Parteibildung wahrte Heuss zunächst noch Distanz. Vor allem lehnte er es ab, unter den Einfluß der ostzonalen Liberal-Demokratischen Partei (LDP) und ihres Vorsitzenden Wilhelm Külz und damit auch der sowjetischen Besatzungsmacht zu geraten: »Ich glaube«, so Heuss in einem Schreiben Ende Juni 1946 an Thomas Dehler, »daß ich mich bei Ihnen nicht gegen den Verdacht wehren muß, Partikularist geworden zu sein, aber es wäre für uns etwa ein unerträglicher Zustand geworden, unsere Arbeit beeinflussen zu lassen von Parolen, wie Külz sie ausgibt, vielleicht ausgeben muß.«<sup>14</sup> Um dem deutschlandweiten Führungsanspruch der LDP zu begegnen, erklärte sich die südwestdeutsche DVP schließlich zu einem Zusammenschluß der liberalen Landesparteien in der US-Zone bereit.

Am 28./29. September 1946 konstituierte sich die DVP für die amerikanische Zone; Theodor Heuss wurde ihr Vorsitzender – nach seinen Worten nicht ganz freiwillig, wie er gegenüber Toni Stolper gestand: »Das Schicksal zwingt mich, da ein anderer fehlt, in der amerikan[ischen] Zone jetzt der ›Parteivorsitzende‹ der bürgerlichen Demokraten zu sein – schlimm für die

12 Zu diesem überkonfessionellen Sammlungsversuch im deutschen Südwesten vgl. Hein (wie Anm. 7), S. 47-55; Günther Serfas: »Lieber Freiheit ohne Einheit als Einheit ohne Freiheit«. Der Neubeginn der Demokratischen Volkspartei in Württemberg-Baden 1945/46. Heidelberg 1986, S. 26-35 u. 70-83; Jürgen C. Heß: Fehlstart. Theodor Heuss und die Demokratische Partei Deutschlands 1947/1948. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 9 (1997), S. 83-121, hier S. 88-90.

13 Theodor Heuss an Karl Brammer, 24.11.1945. In: Heuss (wie Anm. 1), S. 130.

14 Theodor Heuss an Thomas Dehler, 28.6.1946. In: Ebd., S. 184.

Bücher, die ich schreiben wollte.«<sup>15</sup> Der Zonenverband blieb aber ein Papier-tiger ohne eigenes Gewicht und hatte keine Entscheidungsbefugnisse gegen-über den Landesverbänden; außerdem tagte der Vorstand nur selten. Letztlich diente die Zonenpartei den Württembergern allenfalls als Propagandaplatt-form für ihre Auseinandersetzung mit der ostzonalen LDP und der sowjeti-schen Besatzungspolitik, nicht als Keimzelle für eine liberale Gesamtpartei.<sup>16</sup> In seiner Rolle als Vorsitzender einer zahnlosen Zonenpartei konnte Heuss somit keine Statur gewinnen.

### *Dritte Phase: Gesamtdeutsches Scheitern. Die Demokratische Partei Deutschlands (DPD)*

Ein halbes Jahr später sollte Theodor Heuss wiederum die Gelegenheit bekommen, als Parteiführer Geschichte zu schreiben. Am 17. März 1947, nachdem sich über Monate zäher Verhandlungen hinweg ein großer Erwar-tungsdruck aufgebaut hatte, schlossen sich die liberalen Parteien der amerika-nischen, britischen und sowjetischen Zone in Rothenburg ob der Tauber zur Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) zusammen – der einzige Versuch einer gesamtdeutschen Parteibildung in der Nachkriegszeit. Organisatorisch blieb die Partei ein Torso. Und schon in der Verlegenheitskonstruktion einer Doppelspitze – Heuss übernahm als Vertreter der westlichen Zonen gemein-sam mit Wilhelm Külz als Repräsentanten der Ostzone den Vorsitz – kündigte sich allen Einheitsbekundungen zum Trotz die Spaltung der Partei und Deutschlands an.<sup>17</sup>

Heuss beurteilte die Politik der ostzonalen LDP, vor allem ihre Nähe zur sowjetischen Besatzungsmacht und zur »Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien« weiterhin kritisch. Doch er sah in der Gründung der DPD auch die Chance, eine gesamtdeutsche Option hinsichtlich freier und gleicher Wahlen zu einer nationalen Volksvertretung offenzuhalten.<sup>18</sup> Nation und Demokratie waren für ihn untrennbar miteinander verbunden, aber diese Haltung wurde zunehmend von den fundamentalen Differenzen in der Deutschlandpolitik der Alliierten wie auch innerhalb der DPD überrollt. Beharrte Külz weiterhin auf der nationalen Einheit unter Zurückstellung aller anderen Ziele, so begannen einige westliche Landesverbände, sich auf die vorrangige Bildung eines demokratischen und wirtschaftlich potenten West-staates einzustellen. Sie zogen damit allmählich die Konsequenzen aus dem Kalten Krieg. Heuss und sein südwestdeutscher Landesverband scheuten hin-

15 Theodor Heuss an Toni Stolper, 1.10.1946. In: Ebd., S. 216.

16 Vgl. Hein (wie Anm. 7), S. 271-275.

17 Vgl. ebd., S. 292f.

18 Vgl. Heß, Fehlstart (wie Anm. 12), S. 97; Ders.: »Machtlos inmitten des Mächtspiels der anderen ...« Theodor Heuss und die deutsche Frage 1945-1949. In: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 33 (1985), S. 88-135, vor allem S. 97-100.

gegen eine eigene Entscheidung auf diesem Felde und wollten den Alliierten die Initiative überlassen, obwohl sie zweifelsohne Deutschland auf der Seite der westlichen Werteordnung sahen.<sup>19</sup>

Die DPD war aufgrund dieser Divergenzen nicht mehr zusammenzuhalten. Heuss selber kam die Aufgabe zu, den Bruch mit Külz und der ostzonalen LDP vorwegzunehmen. Der Bogen war für ihn überspannt, als Külz und die LDP sich im Dezember 1947 dem von der SED initiierten »Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden« angeschlossen hatten, der eine deutsche Delegation aus Parteiv Vertretern für die Londoner Außenministerkonferenz bilden sollte. Heuss sah darin einen Vertrauensbruch, weil Külz sich nicht an eine Resolution des DPD-Vorstandes<sup>20</sup> gehalten und ein sich selbst legitimierendes, undemokratisches, pseudo-nationales Gremium unterstützt habe. Er reagierte darauf auf die für ihn typische Weise eines Bildungsbürgers, nämlich mit einem langen persönlichen Brief an seinen Mitvorsitzenden, dem er am 19. Dezember 1947 enttäuscht mitteilte:

»Was ich dann von dem sogen. Volkskongreß las, bzw. was ich zufällig am Radio davon hörte, hat mich in meinem historisch-politischen Gefühl geradezu beelen-det. Die übermittelten Reden-Fetzen, die ich vernahm, waren billiger Stahlhelm-Stil mit veränderten Vorzeichen, kein ernsthaftes Wort von der weltgeschichtlichen Problematik, in der wir drinstehen, Plattitüden von Volksversammlungsphrasen. Konnte ein Mann von Ihrer politischen Erfahrung einen Augenblick ernsthaft daran denken, daß die londoner Konferenz den Applaus einer zweitausend[-köpfigen] Menschenversammlung in Berlin, die höchst zufällig zusammengedrängt war, als Geschichtsauftrag für Deutschland empfände. Vielleicht war es ganz schön, Menschen vor sich zu haben, die glaubten, Geschichte zu machen. Einem halbwegs nüchternen Urteil mußte doch von Anbeginn klar sein, daß derlei nicht der Start ist, um zu einer Delegation von Rang zu kommen. Ich hätte ein solches Verfahren auch verschmäht und bekämpft, wenn es in der Westzone oder mit der Westzone gemacht worden wäre. Das ist ein Mißverstehen oder Mißbrauchen der Demokratie. Und dazuhin einfach schlechter Stil.«<sup>21</sup>

Heuss sah die Voraussetzungen für eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr gegeben. Auch wenn er einen »schroffen Bruch« mit seinem alten Parteifreund aus Weimarer Zeiten persönlich vermeiden wollte, so hatte ein solcher Brief, der in Abschrift an zahlreiche westzonale Parteifreunde verschickt wurde, großes Gewicht und bereits das Ende der DPD vorweggenommen. In der Sitzung des gesamtdeutschen Parteivorstandes am 18. Januar 1948 zerbrach die DPD mit dem Auszug ihrer ostzonalen Vertreter faktisch.

19 Vgl. Hein (wie Anm. 7), S. 294-304.

20 Resolution des vorläufigen Reichsvorstandes der DPD vom 3.11.1947. In: Karl-Heinz Grundmann: Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand. Die LDP in Berlin und der sowjetischen Besatzungszone 1945-1949. Bonn 1978, S. 97.

21 Theodor Heuss an Wilhelm Külz, 19.12.1947. In: Heuss (wie Anm. 1), S. 332.



#### *Vierte Phase: »The Long and Winding Road to FDP«*

Theodor Heuss war nun Alleinvorsitzender einer Rumpfpartei, der bei der Bildung einer westzonalen Bundespartei keine Bedeutung mehr zukam. Statt des Ost-West-Gegensatzes gingen auf dem Weg nach Heppenheim die Bruchlinien nun quer durch die westdeutschen liberalen Landesverbände. Zwei von Dieter Hein ausführlich beschriebene Konzeptionen stießen dabei aufeinander: Auf der einen Seite stand das vor allem im Südwesten und in den Hansestädten verfolgte Modell einer liberalen Milieupartei, das sich auf eine starke, regional noch weitgehend intakte bürgerliche Lebenswelt stützen konnte, sich in der linksliberalen Tradition der DDP verstand und einen eigenständigen Kurs des politischen und sozialen Ausgleichs zwischen dem konservativ-konfessionellen und sozialdemokratischen Milieu verfolgte. Auf der anderen Seite konstituierte sich eine neuartige Sammlungsbewegung vor allem in Ländern, in denen von der traditionellen Schwäche des parteipolitischen Liberalismus und der Zersplitterung des Bürgertums ausgegangen wurde. Ihre milieübergreifende Kohäsionskraft zog sie primär aus einem scharfen Antisozialismus und einem betonten Nationalismus, womit sie ihre Anhänger (Flüchtlinge und Vertriebene sowie Politiker ehemaliger Rechtsparteien) mobilisierte. Mit diesem Kurs war eine nationale Sammlungspartei nur bedingt und zwar auf dem rechten Flügel des Parteienspektrums koalitionsfähig.<sup>22</sup>

Dieser Grundsatzkonflikt über den Charakter einer künftigen liberalen Bundespartei stand hinter den Auseinandersetzungen, die über die alliierte Deutschlandpolitik und die künftige deutsche Verfassung seit dem Sommer 1948 geführt wurden. Formierte sich um führende liberale Vertreter in der britischen Zone Widerstand gegen den alliierten Verfassungsauftrag aus den »Frankfurter Dokumenten«, so war es vor allem die südwestdeutsche DVP unter ihrem Generalsekretär Ernst Mayer und Heuss selbst, welche diese Chance zu einer Verfassungsbildung nutzen wollte. Als Vorsitzender der FDP-Fraktion konnte Heuss im Parlamentarischen Rat einen pragmatischen Kurs des Ausgleichs zwischen den großen Parteien verfolgen, um das Grundgesetz auf eine breite Grundlage zu stellen: »Wir bilden das berühmte Zünglein an der Waage«, so in einem Schreiben an seinen Sohn, »u. wollen dafür sorgen, daß die Dinge nicht in die Gegensatzrampen geraten.«<sup>23</sup>

Aber gerade mit dieser Haltung stieß er auf parteiinterne Kritiker wie den nordrhein-westfälischen FDP-Vorsitzenden Friedrich Middelhaue, der auf stärkere Eigenständigkeit der FDP im Parlamentarischen Rat pochte, ungeachtet jeglicher Durchsetzungschancen. So forderte er im Namen seines Landesverbandes die Staatsbezeichnung »Deutsches Reich«, einen stärkeren

22 Vgl. Hein (wie Anm. 7), S. 202-204.

23 Theodor Heuss an Ernst Ludwig Heuss, 4.9.1948. In: Heuss (wie Anm. 1), S. 402.



Zentralismus und eine Schwächung des Parlaments zugunsten einer starken Exekutive.<sup>24</sup> Doch Heuss machte gegenüber diesen national-autoritären Vorstellungen deutlich, daß es ihn nicht interessiere, »ob ich eine individuelle oder Parteiauffassung durchsetze, sondern ob ich brauchbare Formen finde, die ohne Vermachtung eine möglichst weitgehende Zustimmung breiter Volksteile finden werden.« Er habe bei seiner »hiesigen Arbeit noch keine Minute daran gedacht, wie sie sich parteipolitisch garnieren läßt.«<sup>25</sup> Doch jenseits der Niederungen der Parteipolitik bewegte sich Heuss im Parlamentarischen Rat auch nicht, denn mit seiner Politik des Ausgleichs, die freilich nicht auf die dezidierte Vertretung liberaler Grundsätze verzichtete,<sup>26</sup> war er ein Exponent der südwestdeutschen Parteikonzeption. Somit spitzten sich die Konflikte zwischen den Landesverbänden zu und eskalierten durch das scharfe publizistische Schwert von Ernst Mayer im Vorfeld von Heppenheim dermaßen, daß der Gründungsparteitag nicht das erhoffte Aufbruchssignal geben konnte.

#### *Fünfte Phase: FDP-Vorsitz wider Willen*

In den neun Monaten, die ihm als Parteivorsitzenden verblieben, konnte Theodor Heuss keine Kontur mehr gewinnen und die Bundespartei auch nicht auf eine Linie bringen. Vielmehr sah er sich und seine Arbeit im Parlamentarischen Rat weiterhin empfindlicher Kritik aus dem nordrhein-westfälischen, hessischen und niedersächsischen Landesverband ausgesetzt, die auf diese Weise die Verabschiedung des Grundgesetzes torpedieren wollten. Nur gegen starke Widerstände vermochte Heuss den Bundesvorstand auf eine Annahme des Grundgesetzes festzulegen, freilich unter der Bedingung, »nach Ablauf der ersten Legislaturperiode (vier Jahre) eine Gesamtrevision der Verfassung durchzusetzen«. Zahlreiche Vorstandsmitglieder forderten zudem, den Flaggenfarben Schwarz-Rot-Gold nicht zuzustimmen, woran sich die FDP-Fraktion hingegen nicht hielt.<sup>27</sup> Schon zu diesem Zeitpunkt, Ende April 1949, begann Heuss als Parteivorsitzender zu resignieren, als er seiner Frau gestand, Hermann Schäfer den Vorsitz der Partei angetragen zu haben.<sup>28</sup>

24 Friedrich Middelhaue an Theodor Heuss, 3.11.1948; Resolution des Landesausschusses des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, beides in: Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Nachlaß Theodor Heuss, N 1221, 88 (= Bundesarchiv).

25 Theodor Heuss an Friedrich Middelhaue, 9.11.1948. In: Heuss (wie Anm. 1), S. 422 u. 425.

26 So seine energische Ablehnung der aus dem »Elternrecht« abgeleiteten konfessionsgebundenen Bekenntnisschule, die im Parlamentarischen Rat von der CDU und CSU unter dem massiven Einfluß der Kirchen als kulturelles Grundrecht gefordert wurde.

27 FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949-1954. Bearb. von Udo Wengst. 1. Halbd.: 1.-26. Sitzung 1949-1952. Düsseldorf 1990, S. 42.

28 Theodor Heuss an Elly Heuss-Knapp, 27.4.1949. In: Heuss (wie Anm. 1), S. 493.

Unter dem Druck der bevorstehenden Bundestagswahlen konnte der Bremer Parteitag der FDP Mitte Juni 1949 in vielen Fragen noch Kompromisse finden, um sich der Öffentlichkeit als geschlossene Kraft zu präsentieren – der Grundsatzkonflikt über den Kurs der Partei blieb jedoch bestehen. Weil die in Bremen verabschiedete Parteisatzung den Landesverbänden eine Vormachtstellung innerhalb der Bundespartei zugestand, mußte Heuss letztlich ohnmächtig mit ansehen, daß während des Wahlkampfes einzelne Landesvorsitzende eine Politik verfolgten, die ihm zutiefst zuwider war. Als sich die hessische FDP ohne sein Wissen auf ein Wahlkampfabkommen mit der nationalistischen NDP einließ, blieb ihm nur ein folgenloser Protest an den Landesvorsitzenden August Martin Euler: »Ich möchte nicht haben, daß agitatorische Festlegungen erfolgen, die den radikalen Elementen der SPD das Stichwort vom ›Bürgerblock‹ zur Verfügung stellen und die maßvolleren Kräfte dadurch in den Hintergrund schieben.«<sup>29</sup> Und weil der Bremer Parteitag zwar die Flaggenfarben Schwarz-Rot-Gold anerkannt hatte, jedoch der schwarz-weiß-roten Fahne »immer ein ehrfurchtsvolles Gedenken bewahren« wollte,<sup>30</sup> fühlte sich der niedersächsische Landesverband legitimiert, mit den alten Reichsfarben am rechten Rand zu fischen. Dagegen formulierte Heuss deutlich seinen Widerwillen:

»Es ist nach meiner Meinung ganz unmöglich, daß wir im Wettlauf um einen Pseudo-Nationalismus unsere eigene Entschließung mißachten. Ich bin in großer Sorge, wenn die niedersächsischen Freunde glauben, mit dieser Melodie den Wahlkampf bestreiten zu sollen. Ich bitte Sie sehr um Ihren Einfluß, eine solche Entwicklung abzubremsen, denn niemand bei uns im Süden denkt daran, einen solchen Weg mitzugehen. Das Nationalgefühl der Deutschen muß auf eine andere Weise in Ordnung gebracht werden. Ich auf jeden Fall lehne es ab, so nebenher als Führer einer Traditionskompanie des Herrn Hugenberg angesehen oder mißbraucht zu werden.«<sup>31</sup>

Schließlich kritisierte er zwei Tage vor der Wahl seinen Stellvertreter und baldigen Nachfolger, Franz Blücher, weil dieser sich öffentlich in der Koalitionsfrage schon zu sehr festgelegt habe.<sup>32</sup> Doch als der »Alte von Rhöndorf« Theodor Heuss als Bundespräsidenten in sein politisches Kalkül miteinbezog, war dieser der Koalitions- und Parteitaktik bald enthoben – Adenauer hatte von ihm, dem Parteiführer ohne Fortune, eine schwere Bürde genommen.

29 Theodor Heuss an August Martin Euler, 18.7.1949. In: Ebd., S. 514.

30 Bremer Plattform 1949. Beschlüsse des 1. Bundesparteitages am 11. und 12. Juni 1949 in Bremen. In: Juling (wie Anm. 5), S. 92.

31 Theodor Heuss an Hermann Föge, 19.7.1949. In: Heuss (wie Anm. 1), S. 517.

32 Theodor Heuss an Franz Blücher, 12.8.1949. In: Ebd., S. 525f.

### 3. Politik über Parteigrenzen hinweg: »Erziehung zur Demokratie«

Müssen wir also eine Negativbilanz ziehen hinsichtlich der Bedeutung von Theodor Heuss für die Wiederbegründung des Parteiliberalismus nach 1945? Oder verengen wir mit diesem Urteil unsere Perspektive nicht allzu sehr? Dazu einige Bemerkungen:

Erstens: Heuss betrachtete nach 1945 die Gründung einer genuin liberalen Partei skeptisch. Dies hatte mehrere Gründe. Zum einen sah er sich schon als junger Mann weniger in einer Tradition des individualistischen und staatsfernen Liberalismus, sondern betonte seine demokratische, d. h. von seiner württembergischen Heimat und von Friedrich Naumann geprägte Herkunft. Diese stand für ein einflußreiches Parlament, allgemeines, gleiches Wahlrecht, einen starken, handlungsfähigen Staat sowie für politische Zentralisierung.<sup>33</sup> Noch Ende 1948 bewahrte er Zurückhaltung gegenüber der Bezeichnung »liberal«, »da sie mir ein bißchen zu belastet worden ist mit reiner Wirtschaftstheorie und leicht die Färbung des Lässigen bekommen hat. Ich suche den wagenden und den sich selbst behauptenden Menschen, der zugleich in der breiten Verantwortung und Gebundenheit steht.«<sup>34</sup> Zum anderen stand Heuss unter dem Eindruck des Scheiterns der Weimarer Republik und der dabei offenbar gewordenen Schwäche der liberalen Parteien. Um eine erneute Zersplitterung des bürgerlichen Lagers zu vermeiden, trat er nach 1945 für das Projekt einer überkonfessionellen Sammlungspartei ein, das jedoch schon erfolgreich von der CDU besetzt war. Und schließlich maß er Parteibindungen ohnehin keine große Bedeutung zu, wenn er dem Historiker Erich Eyck unverblümt gestand: »Mir selber ist es ziemlich wurscht, ob einer [aus dem ehemaligen Naumann-Kreis; d. Verf.] zur CDU oder SPD ging, da ich den Parteikram nicht ganz so wichtig nehme, wie es vielleicht nötig wäre.«<sup>35</sup>

Zweitens: Eine grundsätzliche Ablehnung von Parteien folgte für Heuss daraus aber nicht. Vielmehr bejahte er wie sein Mentor Naumann Parteien als wesentliche Träger der Staatsgewalt in der Demokratie und als Instrument der politischen Willensbildung im Volk. Sie erfüllten für ihn eine wichtige gestalterische und erzieherische Funktion.<sup>36</sup> Doch mißtrauisch blieb er gegenüber einer zu starken organisatorischen Durchdringung von Parteien, welche den Handlungsspielraum von Führungspersönlichkeiten einschränken würde.

33 Vgl. dazu Dieter Langewiesche: Liberalismus und Demokratie im Staatsdenken von Theodor Heuss. Stuttgart 2005.

34 Theodor Heuss an Fred Heining, 27.12.1948. In: Heuss (wie Anm. 1), S. 452.

35 Theodor Heuss an Erich Eyck, 7.10.1947. In: Ebd., S. 313.

36 Vgl. Jürgen C. Heß, Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland. Stuttgart 1973, S. 89-114.

Damit war er freilich ebenso Teil eines grundsätzlichen Problems des Liberalismus, der auch nach der Jahrhundertwende in Zeiten der Massendemokratie organisatorisch rückständig blieb. Dies vor Augen, stand Heuss in der Tat als Parteivorsitzender nach 1945 objektiv vor ungeheuren Schwierigkeiten, die zerstrittenen Erben des Liberalismus – oder die sich dafür hielten – mit starker Hand zu einigen und zu führen. Rückblickend bleibt es fraglich, ob genuine Parteipolitiker wie Franz Blücher oder Thomas Dehler erfolgreicher agiert hätten als Heuss.

Drittens: Doch anders als diese junge, agile Generation von Parteipolitikern empfand Theodor Heuss seine Parteiämter und -verpflichtungen als Belastung. Geradezu als Topos taucht in Dutzenden von Briefen immer wieder der Hinweis auf sein mangelndes Organisationstalent, seine Distanz zu »Parteitaktik und Personenrivalitäten« und seine »Resignation gegenüber den literarisch-wissenschaftlichen Plänen« auf.<sup>37</sup> Schon die Umstände für seinen Verzicht auf das Amt des württemberg-badischen Kultusministers im Dezember 1946, als die Kabinettsbildung zum koalitionstaktischen Postengeschacher zu verkommen drohte, waren nicht dazu angetan, Heuss' Vertrauen in die Parteien zu stärken:

»Ich habe mich aus eigener Entscheidung aus den Verhandlungen über die Regierungsbildung, nachdem ich ein Mal daran beteiligt war, zurückgezogen, weil ich das Verfahren der CDU-Leitung, eine Kabinettsbildung als Kompensationsgeschäft anzusehen, im Grundsätzlichen ablehne und für eine Gefährdung der Demokratie halte. Das ist aber ein weites Kapitel. Ich für meine Person lehne es ab, wissend, daß das für ein parteipolitisches Denken als Schwäche gelten mag, Personalentscheidungen in der Beamtung nach der Parteizugehörigkeit zu bewerten.«<sup>38</sup>

Nach seiner Wahl zum FDP-Vorsitzenden bekannte er gegenüber einem langjährigen Freund: »Daß ich an die Spitze der Partei getreten [bin], ist, von mir aus gesehen, nur ein Opfer, keine irgendwie als Sieg empfundene Entwicklung meines Lebens, denn außer einer gewissen Beredsamkeit und dem Talent, Schwierigkeiten auszuweichen, bringe ich für dieses Amt nicht allzu viel mit. Vor allem fehlt mir der Trieb zum Organisatorischen und das Bedürfnis, im Rampenlicht spazierenzugehen.«<sup>39</sup> Diese Schwäche fiel auch der amerikanischen Besatzungsmacht auf, als sie in einem Bericht über die Entstehung der FDP feststellte: »However, with respect of the position of a party leader, Heuss has also serious shortcomings. One of them is that he has grown old. Another one is the fact that although he is certainly an author (of a large number of politico-historical books), although he is possibly a statesman, he is

37 Theodor Heuss an Wilhelm Heile, 22.5.1947. In: Heuss (wie Anm. 1), S. 280.

38 Theodor Heuss an O. A. Isbert, 22.12.1946. In: Ebd., S. 232.

39 Theodor Heuss an Gottfried Traub, 22.12.1948. In: Heuss (wie Anm. 1), S. 448.

not a politician, not an organizer, and that his appeal to mass audiences may be doubted.«<sup>40</sup>

Viertens: Was zog Heuss also trotz seiner Vorbehalte immer wieder zurück in die Parteiarbeit? Da ist zum einen ein diffuses Gefühl von Identität und Verantwortung derjenigen Generation zu verzeichnen, die schon in der Weimarer Republik politisch tätig war und den Ausfall einer demokratisch geprägten jüngeren Generation durch den Nationalsozialismus beklagte: »Da aber die mittlere Generation fehlt, müssen wir Älteren wieder mit auf die Bühne treten.«<sup>41</sup> Als Heuss gegenüber Wilhelm Keil Anfang 1949 schon die »Strategie der Rückzugslinien« aus dem politischen Geschäft erwog, um »noch ein paar ordentliche Bücher« zu schreiben, schreckte er sogleich davor zurück, denn »dann kommt die Einsicht, die uns ja alle etwas quält: ist der »Nachwuchs« schon da, der innerlich frei u. gefestigt genug ist zur gemäßen Ablösung. Also bleibt man im Betrieb.«<sup>42</sup>

Fünftens: Neben diesem eher reaktiven Grund, sich der Parteipolitik verpflichtet zu fühlen, wußte Heuss auch um seine spezifischen Qualitäten für ein Parteiamt, denn »immerhin halte ich den Leuten«, so im Oktober 1947, »die großen Reden, die ihnen gefallen, und verhüte in Sitzungen, daß Personalehrgeize zum Intriguenbetrieb führen.«<sup>43</sup> Und diese Eigenschaften waren es wohl auch, die ihn für die verschiedenen liberalen Strömungen mit ihren divergierenden Leitbildern als Parteiführer und später auch einflußreichen FDP-Fraktionsvorsitzenden im Parlamentarischen Rat geeignet erscheinen ließen: sein vermittelndes, Atmosphäre schaffendes Naturell und seine großen, mit historischer Bildung grundierten Reden, die nicht polarisierten, sondern sinnstiftend den Firnis der Einheit über die liberale Kakophonie legten. Wenn Heuss auf Parteitagen oder während ausgedehnter Wahlkampfreisen in seinen Reden die Partei- und Tagespolitik hinter sich ließ und über Liberalismus, Demokratie und Nation in der deutschen Geschichte und Gegenwart sprach, dann betrieb er staatsbürgerliche Bildung über enge Parteigrenzen und -polemik hinweg. Dies geschah nicht durch mitreißendes Pathos, durch gegenwartsenthebene Visionen oder gar Demagogie, sondern, wie ein Beobachter im September 1946 emphatisch feststellte, es lag das Geheimnis des Redners Heuss darin,

40 Weekly Report Nr. 141 des Office of Director for Intelligence der amerikanischen Militärregierung, 22.1.1949, Bundesarchiv, Z 45 F, 3/430-1/13.

41 Theodor Heuss an Paul Klopfer, 2.11.1945. In: Heuss (wie Anm. 1), S. 123f. Vgl. auch Forner (wie Anm. 10), S. 231.

42 Theodor Heuss an Wilhelm Keil, 2.2.1949. In: Heuss (wie Anm. 1), S. 468.

43 Theodor Heuss an Erich Eyck, 7.10.1947. In: Ebd., S. 312.

»daß er nur das sagt, was alle wissen, aber so wie er es sagt, nämlich vornehm, in der Fassung der geistigen Durchformtheit, manchmal pointiert, dann wieder warm schwäbisch aus der Anekdote entwickelt oder in patriarchalischer Weise dargeboten, das ist neu, das überrascht immer wieder [...]. Heuss zuzuhören, ist an sich schon ein Genuß. [...] Er hat das pathoslose, das nüchterne Wort zur Verfügung, darum darf er ein düsteres Bild unserer deutschen Zukunft [...] zeichnen und weiß trotzdem den Hörer zu erheben, weiß ihm eine ethische Haltung einzuflößen, die ihn vor Verzweiflung schützt. Wir erfahren, [...] daß uns kein einziges Parteiprogramm aus dem Schlamassel reißt, daß nur noch die Menschen übrig bleiben [...]. Und dann strömt es aus Gesten, Augen und der ganzen seigneurialen und überlegenen Haltung von Heuss: es ist das urgesund Schwäbische, die Demokratie aus allerbesten Zeiten steht leibhaftig vor uns und wir glauben plötzlich und bestimmt, der freie tüchtige, erfinderische, kluge, sparsame Bürgersinn und die Anständigkeit der fleißigsten Arbeiter werden Deutschland noch einmal retten.«<sup>44</sup>

Fernab jeglicher Parteiprogrammatik Menschentum und (schwäbische) Bürgerlichkeit in den Mittelpunkt zu stellen – damit ließ sich eine Partei auf Dauer vermutlich nicht erfolgreich führen. Doch macht diese Resonanz auf das öffentliche Auftreten von Heuss bei aller Überhöhung zugleich exemplarisch deutlich, welche Integrationskraft seiner Rednergabe für den zerstrittenen Liberalismus nach 1945 und welche Orientierungsfunktion ihr für eine moralisch und materiell destabilisierte Nachkriegsgesellschaft innewohnte.

Sechstens: Was Theodor Heuss seinen Zeitgenossen vermitteln wollte, war ein Liberalismus, der nicht Sache einer Partei war. Es war das, was Friedrich Naumann mit Bezug auf England als »Elementarliberalismus« bezeichnet hatte: »[...] dieses liberale Grundwasser, das unterhalb aller politischen Strömungen ruhen soll, ist in Deutschland nicht vorhanden; und darum kommen wir nicht vorwärts«, so Naumann in seinem Redebeitrag »Der Niedergang des Liberalismus« auf dem 6. Vertretertag des Nationalsozialen Vereins 1901.<sup>45</sup> Vor allem nach der nationalsozialistischen Barbarei griff Heuss darauf wieder zurück, um das moralische Wertesystem zu erneuern.<sup>46</sup> Schon in seiner Rundfunkrede »Aufgabe und Pflicht der Parteien« vom 12. Dezember 1945 forderte er eine Renaissance fundamentaler Werte des menschlichen Zusammenlebens: Toleranz, Menschenwürde, Völkerverständigung, bürgerliche Freiheiten und Fairneß waren ihm Ausdruck eines »elementaren Libera-

44 Th. Heuss als Redner. In: Das neue Vaterland 1, Nr. 12 (12.10.1946), S. 10.

45 Friedrich Naumann: Werke. Vierter Band: Schriften zum Parteiwesen und zum Mitteleuropapapblem. Köln/ Opladen 1964, S. 215-236, hier S. 216.

46 Vgl. Jürgen C. Heß: »Erste Wege aus dem Ruinenfeld«. Theodor Heuss und der Neubeginn liberaler Rhetorik 1945/46. In: Ders./ Hartmut Lehmann/ Volker Sellin (Hrsg.): Heidelberg 1945. Stuttgart 1996, S. 348-386, vor allem S. 382f.

lismus«. <sup>47</sup> Und auf dem Gründungsparteitag der württemberg-badischen DVP erinnerte er Anfang 1946 die Delegierten an die geschichtlichen Erfolge des Liberalismus, ohne den es keine deutsche Einheit, keinen Rechtsstaat, keine Industrialisierung, kein Genossenschaftswesen (man denke an Hermann Schulze-Delitzsch) und keine Gewerkschaftsentwicklung (man denke an Lujo Brentano) gegeben hätte. <sup>48</sup> Doch dies waren mittlerweile Leitbilder, für welche die Liberalen nach 1945 nicht mehr den Alleinvertretungsanspruch hatten.

Theodor Heuss vermochte zwar, mit seiner Werthaltung und seinem Politikstil den zerstrittenen Liberalismus nach vielen Anlaufschwierigkeiten für die neun Monate seiner Amtszeit unter einem Dach zusammenzufassen und vordergründig zu integrieren – die Flügelkämpfe innerhalb seiner Partei gärten aber weiter und wurden schon in Heppenheim manifest. Zudem galt Heuss in der FDP als Vertreter eines südwestdeutschen, demokratisch geprägten Liberalismus und konnte somit nicht auf Dauer die Position eines ehrlichen Maklers übernehmen. Von viel größerer Bedeutung war meines Erachtens hingegen das Wirken von Heuss auf einem Felde, das weit über seine parteipolitischen Ambitionen hinausging und dem er selbst den Namen gab, nämlich dem der »Erziehung zur Demokratie«. In einer gleichnamigen Rundfunkrede vom Oktober 1945 ging er der Frage nach, ob man ein Volk zu einer bestimmten Staatsauffassung *erziehen* könne. <sup>49</sup> Skeptisch gegenüber der totalitären Note dieses Anspruchs skizzierte er die vordringliche Aufgabe für die Nachkriegszeit bescheidener, doch zugleich grundlegender: Das demokratische Fundament müsse neu gelegt werden, »und seine Grundrisse müssen nach deutschen Bedürfnissen neu geplant werden«. Was heute schon eingeübt werden könne, seien die »seelischen Elemente einer demokratischen Verfahrensweise«, die sich in der »Achtung vor dem anderen«, in der »Fairneß« ausdrücken. Und er resümiert: »Hier, im *menschlichen Bezirk*, da man Menschenwürde wieder zu sehen und zu achten lernen mag, liegen heute die Elemente der Erziehung zur Demokratie.«

Damit klingt auch das Leitthema an, unter das sich die vielen Aufgaben von Heuss in den Jahren zwischen 1945 und 1949 zusammenfassen lassen. Als »Erzieher zur Demokratie« hat er es in seinen verschiedenen Funktionen mit Inhalt gefüllt: Als Publizist begleitete und kommentierte er die Zeitläufte, nahm Einfluß auf die öffentliche Meinung und regte – durchaus auch streitbar

47 Theodor Heuss, Aufgabe und Pflicht der Parteien. Rundfunkansprache von Kultminister Dr. Theodor Heuss vom 12. Dezember 1945. In: Schicksal und Aufgaben. Reden von Ministerpräsident für Nordwürttemberg und Nordbaden Dr. Reinhold Maier und Kultminister Dr. Theodor Heuss, o.O. und o.J., S. 21-23, hier S. 23.

48 Theodor Heuss: Bindung und Freiheit (6.1.1946). In: Ders. (wie Anm. 11), S. 179f.

49 Theodor Heuss: Erziehung zur Demokratie. Rundfunkansprache von Kultminister Dr. Theodor Heuss vom 3. Oktober 1945. In: Schicksal und Aufgaben (wie Anm. 47), S. 19-21.



– Debatten an.<sup>50</sup> Als Kultusminister von Württemberg-Baden bewegte er sich auf seinem ureigenen Gebiet, um im Rahmen der Reeducation auf die Jugend einzuwirken und ein lebendiges Kulturleben anzuregen. Als sogenannter »Verfassungsvater« hatte er die Möglichkeit, den Geist und die Grundzüge des Grundgesetzes zu prägen – dies nicht nur vermittelnd, sondern mit großer Verve eigene, bisweilen auch Minderheitenpositionen vertretend, die durchaus nicht denjenigen seiner Partei oder gar Fraktion entsprechen mußten.<sup>51</sup> Als Hochschullehrer war Heuss im engeren Sinne selbst Pädagoge für akademische Kreise, die künftig als Multiplikatoren erzieherisch für die Demokratie wirken konnten. Und als Redner verstand er sich ohnehin als einer, der aus der Geschichte heraus regelrechte Lehrstunden in Sachen Demokratievermittlung entwickelte. Ein solcher Erzieher zur Demokratie hatte es in einer Partei leicht, weil er sinnstiftend und integrationsfördernd wirken konnte (immerhin erreicht die FDP bei den Bundestagswahlen 1949 fast 12 Prozent), und zugleich auch schwer, weil er keinen klaren Kurs vorgab und organisatorisch wie parteitaktisch überfordert war. Doch zu einem Zweck konnte Heuss die bisweilen lästige Parteipolitik mit Sicherheit nutzen: als wirkungsvolle öffentliche Plattform, um einen erzieherisch verstandenen Elementarliberalismus vor allem über Parteigrenzen hinweg in die Nachkriegsgesellschaft hinein zu tragen.

Dieser Spagat sollte sich auch fortsetzen, als Theodor Heuss im Amt des Bundespräsidenten zur Überparteilichkeit verpflichtet war. Seine engen Bindungen zu führenden Repräsentanten der FDP gaben ihm die Möglichkeit, sich sporadisch an parteiinternen Diskussionen und Personalfragen zu beteiligen, ohne dabei freilich einer parteipolitischen Strategie zu folgen. Doch seinen Interventionsversuchen vor allem zugunsten der Adenauerschen Regierungskoalition und -politik war letztlich wenig Erfolg beschieden, so daß er in der zweiten Amtszeit Distanz zur FDP hielt, deren Politikstil, nun geprägt von Dehler, Mende oder Weyer, ihm fremd war. Das auch politisch verstandene, aber überparteiliche Amt des Bundespräsidenten war ihm gemäßer.<sup>52</sup>

50 So zum Beispiel seine Befürwortung von Pensionen für ehemalige Wehrmachtsangehörige (Theodor Heuss: Pensionen für Offiziere? In: Rhein-Neckar-Zeitung, Nr. 27, 4.3.1948) oder sein Streit mit Dolf Sternberger über die Verhandlungsführung von Heuss im Parlamentarischen Rat [Theodor Heuss an Dolf Sternberger, 23.1.1949. In: Heuss (wie Anm. 1), S. 465f.].

51 So zum Beispiel seine Ablehnung des verfassungsmäßig garantierten Rechts auf Kriegsdienstverweigerung im Parlamentarischen Rat; Theodor Heuss an Paul Helbeck, 21.12.1948. In: Heuss (wie Anm. 1), S. 446f.

52 Vgl. zum Verhältnis von Theodor Heuss zur FDP nach 1949 die unveröffentlichte Magisterarbeit von Martin Hansen Berg: Bundespräsident Heuss und die FDP, Bonn 2001 (Bibliothek der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus). Darüber hinaus untersucht Matthias Weipert, in einem Forschungsprojekt der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, die Beziehungen zwischen Theodor Heuss und der FDP während der Jahre 1949–1959. Die Ergebnisse werden 2009 vorliegen.

Der Titel dieser Sektion der Tagung lautet »Am Anfang war Heuss«. Diese Aussage ist so evident wie auch banal, wenn nur an die Bekleidung des ersten Vorsitzes der FDP gedacht ist. Sie ist hingegen problematisch, wenn damit gemeint ist, Theodor Heuss als geistigen und parteipolitischen Ahnherren für die FDP zu reklamieren. Denn auf diese Weise werden die Mißerfolge seiner Parteiarbeit unterschlagen, deren machtideologischen, parteitaktischen und organisatorischen Niederungen er distanziert, bisweilen hilflos gegenüberstand. Vor allem wird man so dem eigentlichen Wirkungsfeld von Theodor Heuss in der Nachkriegszeit nicht gerecht. »Am Anfang war Heuss« – und zwar als einer der Erzieher zur Demokratie. Er bediente nach 1945 offensichtlich Bedürfnisse einer fragmentierten Gesellschaft, die nach dem »Ende der Geschichte« nach verbindlichen Werten jenseits der historischen Verwerfungen und der Parteiprogramme suchte.<sup>53</sup> Als Vermittler liberaler und humaner Werte für den demokratischen Neubeginn war er dabei alles andere als unpolitisch oder gar ein »gemütlicher, eher behäbiger Zigarrenraucher und allabendlicher Rotweinstrinker«, der zum Zerrbild eines »gemütlichen bildungsbürgerlichen Opa[s] des Altliberalismus« abqualifiziert wird.<sup>54</sup> Wer ihn allein als schönggeistigen Literaten und als überforderten Parteipolitiker sehen will, mag zu diesem Urteil kommen und ihn in die Vitrine stellen. Wer hingegen Theodor Heuss in seinen zahlreichen Rollen als Erzieher zur Demokratie umfassend versteht, holt ihn aus dem musealen Schaukasten heraus und sieht in ihm den bildungsbürgerlich geprägten Intellektuellen, der den Weg in die verantwortungsvolle praktische Politik nicht gescheut hat.<sup>55</sup>

- 53 Dies war auch die Absicht von Theodor Heuss in seinen Biographien über Friedrich Naumann, Hans Poelzig, Anton Dohrn und Robert Bosch, die er während der nationalsozialistischen Zeit verfaßte; vgl. Ernst Wolfgang Becker: Biographie als Lebensform. Theodor Heuss als Biograph im Nationalsozialismus. In: Wolfgang Hardtwig/ Erhardt Schütz (Hrsg.): Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2005, S. 57-89.
- 54 So Franz Walter: Die Integration der Individualisten. Parteivorsitzende in der FDP. In: Daniela Forkmann/ Michael Schlieben (Hrsg.): Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2005, Wiesbaden 2005, S. 119-168, hier S. 122 u. 124.
- 55 Vgl. dazu auch Thomas Hertfelder: Das symbolische Kapital der Bildung: Theodor Heuss. In: Gangolf Hübinger/ Ders. (Hrsg.): Politik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik. Stuttgart 2000, S. 93-113.



»... der Westen habe kein Verständnis für die besonders gearteten Verhältnisse in der deutschen Ostzone gezeigt...« – Das Scheitern der Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) im Spiegel des »Morgen« 1947/48<sup>1</sup>

Wie spiegelt sich die kurzlebige Entwicklung der Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) in der Berichterstattung des »Morgen« zwischen dem überzonalen Zusammenschluss der liberalen Parteien in Ost und West im März 1947 und der dritten und letzten Sitzung des DPD-Vorstandes im Januar 1948 wider? Diese Fragestellung soll die Diskussion über die Entstehung und das Scheitern der DPD erweitern, die in der jüngeren zeitgeschichtlichen Forschung mehr oder weniger intensiv geführt worden ist. In seiner immer noch für die LDP-Forschung maßgeblichen Studie legte Ekkehart Krippendorff eine erste längere Einschätzung unter Berücksichtigung der beiden Protagonisten Theodor Heuss und Wilhelm Külz vor.<sup>2</sup> Einige Regionalstudien zur FDP und LDP berücksichtigen auf wenigen Seiten die DPD-Gründung.<sup>3</sup> Dieter Hein widmete sich in seiner Dissertation von 1984 verschiedenen liberalen Zusammenschlüssen auf Länderebene und der Demokratischen Partei Deutschlands als einem »gescheiterten Versuch einer Reichsparteigründung«.<sup>4</sup> Wichtige Quellenauszüge bietet die Dokumentation zur Sonderausstellung der FDP-Bundestagsfraktion aus dem Jahr 1978.<sup>5</sup> Einen knappen

- 1 Zitat: Neue Zürcher Zeitung, 15. Februar 1948, S. 1, Kopie ADL, DPD 67, o. Bl.
- 2 Ekkehart Krippendorff: Die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48. Entstehung, Struktur, Politik, Düsseldorf 1961.
- 3 Jürgen Louis: Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen 1945-1952, Köln/Weimar/Wien 1996; Christian Kurzweg: Die Vertriebenenpolitik der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands. Das Beispiel Sachsen 1945-1950, Hamburg 2004; Ines Soldwisch: »...etwas für das ganze Volk zu leisten und nicht nur den Zielen einer Partei zu dienen...«. Geschichte der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) in Mecklenburg 1946-1952, Berlin 2007; Hans-Volker Schwarz: Die Berliner Liberalen im Brennpunkt des Ost-West-Konfliktes 1945-1956 – vom Landesverband der LDP Groß-Berlin zur FDP Berlin (West) und LDP(D) Berlin (Ost), Berlin 2007.
- 4 Dieter Hein: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949, S. 278.
- 5 Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand: Die LDP in Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone 1945-1949, zusammengestellt und kommentiert von Karl-Heinz Grundmann unter Mitarbeit von Dieter Hein, Bonn 1978.